



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 896 890

P/XIV/250 - 3. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Zwei Denkschriften Koordinierte oder ziellose Energiepolitik ?	74
3	Es geht um die Klärung der Standpunkte Vor der außenpolitischen Debatte	39
4	Ein unguter Beschluß Aufgehobene Rüstungsbeschränkungen für die Bundeswehr	47
5	Der Beschluß von Verden CDU verlangte totale Kapitulation der DP	52
6 - 7	Viel zu viel Schlamm Trotzdem: Beifall beim Rhein-Ruhr-Klub in Düsseldorf	65

* * * * *
* * *

Zwei Denkschriften

rd - Bevor die Debatte über die Kohlenkrise und die Absicht der Bundesregierung, dem Steinkohlenbergbau durch Erheben einer Heizölsteuer Entlastung auf dem Absatzmarkt zu schaffen, beginnt, hat die Auseinandersetzung schon in der Öffentlichkeit eingesetzt. Die Sozialdemokratische Partei und der Steinkohlenbergbau haben am gleichen Tage der Öffentlichkeit ihre Stellungnahmen vorgelegt.

Während der Bergbau auf die "Opfer" hinweist, die er in den fast zwei Jahren anhaltender Kohlenkrise gebracht hat, - auf 300 Millionen DM, die er für die Ablösung der Einfuhrverträge ausgab, auf die geplante Stilllegung von Zechen, und die Zusammenlegung von Schachtanlagen - führt die Denkschrift der SPD den Nachweis, daß alle diese Opfer nicht notwendig gewesen wären, hätte man sich entsprechend den frühzeitig vorgebrachten Warnungen der Sozialdemokraten im Bundestag und den Organen der Montanunion auf die schon seit Jahren sich ankündigenden strukturellen Veränderungen im Energieverbrauch eingestellt.

Die Denkschrift des Steinkohlenbergbaus nimmt auf ein Problem dieser Kohlenkrise überhaupt keine Rücksicht, auf die sozialen Konsequenzen für die Bergarbeiter. Sie stellt die unbeweisbare Behauptung auf, die Zahl der Feierschichten im Steinkohlenbergbau und damit der Lohnausfall der Bergarbeiter, der bis heute 130 Millionen DM beträgt, wäre noch höher gewesen, wenn sich der Bergbau marktwirtschaftlich verhalten hätte. Damit soll der Tatbestand verdeckt werden, daß man sich in Wahrheit in falscher Einschätzung des Marktes insoweit marktwirtschaftlich verhielt, als die Kohle-Verkaufsgesellschaften den Hauptanteil an den abgeschlossenen Einfuhrverträgen hatten, die dann später zu den oben erwähnten Kosten von 300 Millionen DM für die Ablösung dieser Verträge geführt hat. Diese Einfuhren des Kohlenbergbaus selbst haben zu den Förderüberschüssen und dem Anwachsen der Haiderbestände und zu den Feierschichten geführt. Obendrein haben sich die Kohleverkaufsgesellschaften unbestritten zu 40 Prozent an der Heizölbeflieferung des deutschen Marktes beteiligt und damit ebenfalls zu dem plötzlichen Energieüberschuß beigetragen.

Aus diesem "marktwirtschaftlichen Verhalten" sind die Feierschichten und Lohnausfälle entstanden und haben sich die sozialen Konsequenzen für die Bergarbeiter ergeben. Aber das ist nur die eine Seite des Problems, das nun im Bundestag zur Debatte steht.

Mehr Schuld noch trifft die Regierung. Die Sozialdemokraten haben in ihrer Denkschrift den Nachweis erbracht, daß sie frühzeitig Maßnahmen der Wirtschaftspolitik zur Begegnung der strukturellen Krisenerscheinungen im Bergbau förderten. Die Regierung hat bis heute den Standpunkt vertreten, daß entsprechend dem Prinzip der freien Marktwirtschaft und dem Selbstreinigungsprozeß der Wirtschaft keine Notwendigkeit bestand, mit mehr als nur Palliativmitteln den Krisenzuständen im Steinkohlenbergbau zu begegnen.

Es gibt keinen schlagenderen Beweis als die Kohlengeschichte dieser zwei Jahre, daß dieses zur politischen Maxime erhobene Prinzip den volkswirtschaftlichen Erfordernissen nicht mehr gerecht werden kann. Hier hätte es längst koordinierender Maßnahmen der Energiepolitik bedurft, die allerdings nur möglich sind, wenn man diesen wichtigen Sektor der volkswirtschaftlichen Erzeugung den privatwirtschaftlichen Einflüssen entzieht und öffentlicher Kontrolle unterstellt.

Auch die nun erwogene Heizölsteuer, eine Konzession der Regierung an den Steinkohlenbergbau, der glaubt, durch die Verteuerung des Heizöls bessere Wettbewerbsbedingungen zu erlangen, ist nur ein Palliativmittel, mit dem sich die Regierung ihrer Verantwortung zu entziehen sucht.

Es ist nicht nur von den Interessenten darauf hingewiesen worden, daß diese Steuer den Wettbewerb verfälscht, den Steinkohlenbergbau nicht eine Tonne mehr Absatz bringen wird, dagegen die Kosten der Erzeugung - insbesondere unserer Exportindustrie - erhöht und damit deren Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt entscheidend erschwert. Mit solchen Mitteln haben die Jahre des Ausweichens der Regierung vor der Verantwortung zur Genüge gezeigt, wie auch mit privatwirtschaftlichen Vorstellungen ist auf dem Energiemarkt kein Ausgleich mehr zu erzielen. Das hat das Scheitern des Kohle-Öl-Kartells bewiesen.

Die SPD-Fraktion im Bundestag wird daher - wie schon in ihrer Großen Anfrage sichtbar und in ihrer Denkschrift begründet - auf einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung der Kohle und einer koordinierten Energiepolitik bestehen. Es kommt darauf an, daß die deutsche Wirtschaft bei billigster Versorgung mit Energie sowohl vor Fehlinvestitionen im Bergbau als auch in der Heizölwirtschaft, vor allem aber die deutschen Arbeitnehmer vor den sozialen Konsequenzen einer falschen Energiepolitik und die deutschen Verbraucher vor den Kosten einer nur auf das Interesse starker Kapitalgruppen gerichteten Preispolitik geschützt werden. Das haben die Leitmotive einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik zu sein, zu der die Bundesregierung bisher kein Konzept gefunden hat.

Es geht um die Klärung der Standpunkte

sp - Seit eineinhalb Jahren wird also am 5. November wieder eine außenpolitische Debatte im Bundestag stattfinden. Im Gegensatz zu allen westeuropäischen Parlamenten hatte der Bundestag darauf verzichtet, in einer offenen Diskussion die gewiß bestehenden Unterschiede in den Auffassungen einer realistischen deutschen Außenpolitik zu klären. Das geschah hin und wieder lediglich durch Presseerklärungen, die natürlich nicht eine Parlamentsdebatte ersetzen können.

Die Parteien haben sich gewissenhaft auf die Debatte vorbereitet. Es ist selbstverständlich, daß auch diesmal wieder die Opposition das drängende Element sein wird, während die Regierung und die CDU im Rahmen ihrer bisherigen Status-quo-Politik bleiben dürften.

Seit eineinhalb Jahren hat sich jedoch das internationale Klima beträchtlich verändert. Während damals Regierung und Regierungskoalition von der beschleunigten Aufrüstung Westdeutschlands alles Heil - auch die Aktivierung der Wiedervereinigungspolitik - erwarteten, ist heute nach dem Nixon-Besuch in der UdSSR und nach dem Chruschtschow-Besuch in den USA eine neue Lage entstanden. Weltweite Anstrengungen, endlich doch zu einem Abrüstungsabkommen zu gelangen, stehen auf der Tagesordnung der internationalen Politik.

Es kann nicht mehr bestritten werden, daß die Bundesregierung - im Gegensatz zu früher - heute nicht mehr die volle Rückendeckung in Washington findet. Auch die Versuche Adenauers, den kleineuropäischen Rahmen als Sprungbrett für seine traditionelle Politik zu erhalten, dürfte überholt sein. Und wenn nicht alles täuscht, wird Erfolg oder Mißerfolg einer wirklichen deutschen Wiedervereinigungspolitik davon abhängen, ob Bonn bereit ist, selbst einen Beitrag zur Abrüstung auch im regional begrenzten Raum Europas zu leisten.

Hier sehen wir die Problematik der Bundestagsdebatte am kommenden Donnerstag. Sicher wird man auf Regierungsseite wieder einmal nicht darauf verzichten, hochtönende Reden von dem Willen zur Abrüstung und von der Notwendigkeit der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu halten. Ob dies aber ausreicht, um sich in den Strom der allseits als notwendig anerkannten Entspannungspolitik zwischen Ost und West einschalten zu können, dürfen wir wohl nach all den Erfahrungen der Vergangenheit bezweifeln.

Aber diese Fragen zu klären und dem deutschen Volk selbst sowie den Völkern und Regierungen jenseits unserer Grenzen ein deutliches Bild von der Außenpolitik der Bundesrepublik zu geben, wird die Aufgabe der Debatte am 5. November sein.

+ + +

Ein unguter Beschluss

sp - Die Pariser Verträge vom Oktober 1954, in denen der Beitritt der Bundesrepublik zum Atlantischen Verteidigungssystem verankert wurde, sahen einschneidende Rüstungsbeschränkungen für die damals noch zu errichtende und jetzt in vollem Aufbau befindliche Bundeswehr vor. Freiwillig hatte sich damals die Bundesregierung verpflichtet, im Gebiete der Bundesrepublik keine Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen herzustellen. Diese Verpflichtung beinhaltete ferner das Verbot der Produktion von Fernlenk Waffen, von Kriegsschiffen mit mehr als 1500 Tonnen Wasserverdrängung, des Baues von Unterseebooten und von Minen aller Art mit Ausnahme von Panzerabwehr- und Schützenminen. Der Vertrag enthielt allerdings auch die Klausel, dass auf Antrag des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte oder der Bundesregierung Änderungen oder Streichungen der Verbotsbestimmungen, mit Ausnahme der A-B-C-Waffen vorgenommen werden können, wenn dies mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen wird.

Von dieser Möglichkeit zur Revision wurde in der letzten Zeit reichlich Gebrauch gemacht. Das Verbot der Erzeugung von Fernlenk Waffen gilt schon lange nicht mehr. Jetzt denkt man daran, auch Seeminen herzustellen und die Beschränkungen für den Bau von deutschen Kriegsschiffen aufzuheben. Entsprechende Anträge bei der Westeuropäischen Union, die hier federführend zeichnet, liegen vor, wobei nicht recht ersichtlich ist, wer sich hier als treibende Kraft bewährt, die Bundesregierung oder der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte. Geht es in diesem Tempo der ständigen Aushöhlung dieser Vertragsbestimmungen weiter, dann ist wohl der Zeitpunkt nicht mehr fern, da vielleicht auch das Verbot von A-B-C-Waffen nur noch akademischen Wert haben dürfte ...

Der Bundeskanzler betont seit Jahren die Notwendigkeit einer umfassenden und kontrollierten Abrüstung. Er möchte das Abrüstungsthemata als ausschliesslichen Beratungsgegenstand bei Gipfelkonferenzen behandelt wissen. Adenauer hat auch immer wieder die militärische Bescheidenheit der Bundesrepublik als politische Tugend gepriesen. Ist es nur weise, in einer Zeit, in der Abrüstungsverhandlungen ernsthaft auf der weltpolitischen Tagesordnung stehen, durch die Produktion bisher verbotener Waffen die west-östliche Kontroverse um Deutschland noch weiter zu verschärfen? Adenauer wäre ein wirklicher Staatsmann, hätte er in der Vergangenheit die freiwillig eingegangenen Rüstungsbeschränkungen für die Bundeswehr zum Modellfall und als Beispiel für die Armeen der der Bundesrepublik benachbarten Staaten erhoben. Versuche in dieser Richtung wurden jedoch niemals unternommen. Es mag sein, dass vom rein militärischen Gesichtspunkt aus die Beschränkungen von 1954 anachronistisch wirken. Vom Politischen her jedoch ist das Drängen nach Fallenlassen dieser Waffenbeschränkungen für die Bundeswehr ein gefährlicher Schlag gegen alle Bemühungen, wenigstens in Europa militärisch verdünnte Zonen zu schaffen. Sie machen die Abrüstungsverhandlungen nun noch schwieriger, als sie es ohnehin schon sind.

Der Beschluss von Verden

W.P. - Nachdem schon das Direktorium der Deutschen Partei am 15. Oktober das christlich-demokratische Fusionsangebot abgelehnt hatte und das Verhandlungsergebnis der Dreierkommission mit Dr. Adenauer nicht einmal die Erfüllung auch nur von Teilen der nach zehnjähriger Koalitionstreue erwarteten Zugeständnisse brachte, konnte die Landesversammlung der Deutschen Partei in Niedersachsen keine andere Entscheidung treffen: sie musste eine Verschmelzung mit der CDU nunmehr nachdrücklich ablehnen. Jede andere Willensbekundung wäre von den niedersächsischen Wählern nicht mehr verstanden worden, jedes weitere Nachgeben auf die betörenden Einflüsterungen des niedersächsischen CDU-Landesvorstandes - betörend für manchen Spitzenfunktionär der DP - musste als eine Art von Torschlusspanik der Mandatsträger erscheinen, die das Ende der DP als einer selbständigen Partei einleitete. Man beeilte sich daher, die staatspolitische Verpflichtung der DP als "konservativer Faktor" im politischen Leben der Bundesrepublik stets aufs Neue zu betonen und zeigte Zuversicht, dass es der DP in Bundestagswahlkampf 1961 gelingen werde, drei Direktmandate - die Voraussetzung für den Wiedereinzug in den Bundestag - in Niedersachsen zu erringen.

Dabei ging es der DP-Führung bei den Gesprächen mit der CDU in Niedersachsen und Bonn ausschließlich um die Sicherung gerade dieser drei Mandate. Die Chance, ohne Hilfe der CDU die Hürde des Wahlgesetzes zu nehmen, ist denkbar gering. Um deshalb ihre Rolle in Bonn weiterspielen zu können, wäre die DP vermutlich bereit gewesen, sich in ihrer Satellitenrolle noch mehr als bisher an die CDU anzupassen. Aber diese wollte keine engere Zusammenarbeit, sondern die totale Kapitulation. Wie die Verhandlungen gezeigt haben, gab es in der Bonner Führungsspitze der DP - wenn man statt des Wortes Fusion auch besser Intergration sagen wollte - keine grundsätzliche Abneigung gegen ein Aufgehen in der CDU. Allerdings bedürfte es dazu der Zustimmung der Mitgliedschaft in der niedersächsischen Hochburg der Partei. Die Delegierten in Verden haben nun zu allen Fusionsvorschlägen Nein gesagt. Der DP-Vorsitzende Hellwege gewann die Erkenntnis, dass der "Wähler der Deutschen Partei eine Fusion nicht honorieren" würde.

Hellwege erkannte aber vielleicht als einziger auch die Konsequenzen, die sich für die Deutsche Partei aus dem Beschluss von Verden ergeben. Er wies darauf hin, dass nun ein echtes Parteilieben entstehen, dass die Partei durch eine eigene Tageszeitung publizistisch grösseres Gewicht erhalten muss und dass vor allem die "finanzielle Unabhängigkeit von aussen" das Ziel stärkerer Aktivität sein müsse. Nun, er mag sich bewusst sein, dass die Geldspritze der Industrie für die Organisation in Höhe von jährlich etwa 1,5 Mill. DM es der Partei gerade im gegenwärtigen Augenblick leicht macht, sich gegen die Anziehungskraft der CDU zu behaupten. Andererseits vermag aber das Versiegen der Quelle die organisatorische Basis der Partei zu zerstören. Man weiss nicht, wie lange sie noch fliesst, seit die Verbandsmanager der Wirtschaft zu erkennen gegeben haben, dass sie nicht bereit sind, ihre Mittel für eine zersplitterte bürgerliche Front in Niedersachsen herzugeben. Insofern bedeutet der Wille zur Selbständigkeit auch den Zwang zur Unabhängigkeit. Man wird sehen, ob die Deutsche Partei in Niedersachsen die Kraft aufbringt, sich unter diesen Umständen zu behaupten und zu einer wirklich unabhängigen konservativen Kraft zu werden.

Viel zu viel Schlamm

sp - Der Austro-Amerikaner William S. Schlamm, Autor eines politischen Buches, das unter dem Titel "Germany and the East-West-Crisis" in den USA keinen Erfolg und in der Bundesrepublik unter dem Titel "Die Grenzen des Wunders" ein Bestseller geworden ist, betätigt sich gegenwärtig in den westdeutschen Landen nicht nur als Exklusiv-Interviewer der "Deutschen Soldaten-Zeitung", sondern auch als Redetournee-Propagandist für eine eiskalte Politik der Macht. Mr. Schlamm reist von Stadt zu Stadt und fordert die Deutschen auf, endlich wieder "Deutsche" zu werden, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, weil sonst die Geschichte über sie hinwegginge, und sich zu einer Macht aufzurüsten, die in der Lage ist, die Sowjetunion bis an ihre Westgrenzen zurückzuschieben, um nicht nur die 17 Millionen Mitteldeutschen, sondern auch die 100 Millionen in den osteuropäischen Ostblockstaaten zu befreien. Mr. Schlamm hält konsequenterweise daher auch jede Art von Verständigungspolitik für einen Nonsens, weil man mit Chruschtschow ebensowenig verhandeln könne wie mit Gangstern und Mördern.

Das ist im Kern die Politik des Herrn Schlamm aus Amerika, vormals Wien. Gremien, wie etwa der angesehene Rhein-Ruhr-Klub in Düsseldorf, sind der Ansicht, dass eine solche Politik zumindest anhörerswert sei, und lassen Mr. Schlamm vor einer exklusiven Zuhörerschaft von etwa 300 Damen und Herren der Industrie, der Wirtschaft, der Politik und der Bundeswehr sprechen, wobei sie sich nicht einmal in der Aufnahmebereitschaft dieser Herrechaften irren.

Mr. Schlamm erhält mit seiner "Schocktherapie" sogar lauten Beifall auf offener Bühne; so etwa, wenn er die deutsche Presse beschimpft, wenn er die Intellektuellen verhöhnt, wenn er die Sozialdemokratie anrempelt, wenn er das Wiederaufstehen der deutschen Militärmacht begeistert an die Wand malt, wenn er grinsend seine vornehmen Zuhörerinnen und Zuhörer auffordert, auch in der privaten

Liebe temperamentvoll zu sein, wenn er die Atomtodgegner veralbert, weil man ja wohl auch gegen den Herzinfarkt-Tod sei, wenn er sagt, dass mit Hitler nur die Unmenschlichkeit ins Grab gesunken sei, während die Ideen, für die Deutsche starben, gross geblieben seien, so etwa die Freiheit ...

Vielleicht könnte jemand der Meinung sein, dass man diesen Mr. Schlamm ruhig reden lassen sollte, weil sein Geschwätz so absonderlich sei, dass man kaum einen vernünftigen Menschen in Deutschland finden könnte und dürfte, der heute noch diesen machtparoxistischen Rattenfängertönen zum Opfer fallen könnte. Die Begeisterung der "Deutschen Soldaten-Zeitung" allein sollte gewiss kein Gegenargument sein. Aber der lautstarke und zum Teil sogar zutiefst engagierte Beifall im Düsseldorfer Rhein-Ruhr-Klub muss zumindest als Alarmsignal gewertet werden, wenn man sich auch nicht ganz klar darüber sein kann, wieso Menschen, die sich für einen Schlamm die Hände rot klopfen, nichts dabei finden, wenn sie im gleichen Atemzug dem West-Ost-Handel dienen. Aber wie dem auch immer sein mag: Die Fragen, welchen Zielen und Plänen Herr Schlamm seine Suada leiht, wer seine Reisen organisiert, wer sie finanziert und welches Echo er findet, diese Fragen sind jetzt hochaktuell und müssen rückhaltlos beantwortet und geklärt werden.

Das deutsche Volk kann es sich in diesen prekären und schicksalsträchtigen Zeiten nicht erlauben, dass im Schatten seines aufrichtigen Friedensbemühens um Verhandlungen und Verständigung Menschen durch die Bundesrepublik reisen, für die die Bezeichnung "Polarkrieger" noch harmlos ist und die Parolen von sich geben, die anderen Parolen verdammt ähnlich und wesensverwandt sind. Etwa: "Es ist daher notwendig, dass wir uns bemühen, die Kraft im deutschen Volke dadurch zu erwecken, dass wir das Vertrauen zu dieser Kraft stärken. Ein glaubensstarkes, selbstsicheres, zuversichtliches deutsches Volk ist notwendig" oder der Satz vom "deutschen Auftrag", "die Rückgabe der vergewaltigten Gebiete zu erzwingen und damit das Gewissen der Nation zu erlösen. Es erscheint mir der einzige Weg, eine echte deutsche Rekonvaleszenz zu erzwingen".

Der Mann, der so sprach, war allerdings Adolf Hitler am 10. November 1938 vor der deutschen Presse. In diesem Schlamm sind wir 1945 alle versunken.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel